

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

2. Bürgermeister Werner Biehl

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Ratsmitglied Michael Schadewaldt

Beigeordneter Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Astrid Mohr

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion

Ratsmitglied Johann Janssen

Ratsmitglied Gerold Tholen

NPD

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

von der Verwaltung

Prokurist WFG - Gernot Beutner
Fachbereichsleiter 10 - Peter Gniech
Fachbereichsleiter 13 - Arnold Preuß
Fachbereichsleiter 14 - Erwin Wothe
Fachbereichsleiter 20 - Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlten entschuldigt

Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Erika Lach
1. Bürgermeister Fritz Langen

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 11

C. Nichtöffentlicher Teil auf Seite 12

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 4.1 Vorschlag des Ausländerbeirates für den Wahltermin der Ausländerbeirates in 2007
- 4.2 Antrag der LAW-Fraktion zum Thema "Stellungnahmen zu ppp-Modellen im Rat"
- 4.3 Antrag der LAW-Fraktion zum Thema "Begrenzung von Rats- und Ausschuss-Sitzungen auf maximal 6 Stunden"
- 5.1.1 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 66. Änderung - Biodieselanlage Heppenser Groden - Aufstellungsbeschluss
- 5.1.2 Bebauungsplan Nr. 203-Biodieselanlage Heppenser Groden - Aufstellungsbeschluss
- 5.1.3 Stadtumbau West - Programmanmeldung des Bereichs Jadestraße/Wiesbadenbrücke/Innenhafen (Jadeallee)
- 5.2.1 Wirtschaftsplan 2007 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH
- 5.3.1 Berufung eines Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
- 5.4.1 Einrichtung von weiteren Integrationsklassen gem. § 23 NSchG ab Schuljahr 2007/08 an der GS Hafenschule und der HS Nogatstraße
- 5.4.2 Einführung eines Regionalen Integrationskonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven ab dem Schuljahr 2007/08
- 5.5.1 Wirtschaftsplan 2007 des RNK - Eigenbetriebes
- 6 Große Anfrage der BASU-Fraktion zum Thema "Walausstellung"

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss gedachte Herr Schmidt in einer kurzen Ansprache dreier verstorbener ehemaliger Ratsmitglieder (Frau Helga Müller, Herr Joachim Schmidt-Prestin sowie Herr Friedrich Kraus) und bat zu Ehren der Verstorbenen um eine Schweigeminute.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Aktuelle Stunde

Herr Prof. Reuter bezog sich auf den vorliegenden Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Zukünftige Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven“. Dieser Antrag werde zurückgezogen, da die Antragsteller der Auffassung seien, dieses Thema könne derzeit nicht mit dem erforderlichen Abstand diskutiert werden. Der Antrag werde statt dessen zur nächsten Ratssitzung erneut eingebracht.

4 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

4.1 Vorschlag des Ausländerbeirates für den Wahltermin der Ausländerbeirates in 2007

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 19.03.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat legt den Wahltermin für die Wahl des Ausländerbeirates auf dessen Vorschlag auf **Sonntag, den 09.09.2007** fest.

4.2 Antrag der LAW-Fraktion zum Thema "Stellungnahmen zu ppp-Modellen im Rat"

Herr Tholen trug den Antrag der LAW-Fraktion vor und begründete diesen anschließend:

„Der Rat möge beschließen:

In einer der nächsten Ratssitzungen nimmt je ein Befürworter und ein Gegner zu den ppp -Modellen Stellung. Diese Stellungnahmen sollen zusammen nicht länger als 1 Std. dauern.“

Der Antrag wurde bei 5 Ja-Stimmen (LAW-Fraktion, BASU-Fraktion und Herr Müller), 2 Enthaltungen und 35 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

4.3 Antrag der LAW-Fraktion zum Thema "Begrenzung von Rats- und Ausschuss-Sitzungen auf maximal 6 Stunden"

Herr Janssen bezog sich auf den Antrag der LAW-Fraktion zum Thema „Begrenzung von Rats- und Ausschuss-Sitzungen“:

„Der Rat möge beschließen:

Die Sitzungsdauer von Rats- und Ausschusssitzungen darf 6 Stunden nicht überschreiten.

Wenn der Arbeitsplan in dieser Zeit nicht abgearbeitet werden konnte, wird die Sitzung innerhalb von 2 Tagen fortgesetzt.“

Er wolle den **Antrag zurückziehen**, bitte aber dennoch um Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten, eine Ratssitzung zu unterbrechen und am folgenden Tag fortzuführen.

Herr Stoffers erklärte dazu, dass eine Ratssitzung unterbrochen und an einem der nächstfolgenden Tage fortgeführt werden kann, ohne dass eine erneute öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist.

5 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

5.1 Ausschuss für Planen und Bauen

Die Diskussion über die Tagesordnungspunkte 5.1.1 und 5.1.2 erfolgte zusammengefasst; es wurde jedoch getrennt abgestimmt.

Herr Schmidt erklärte, mit der Ansiedlung dieser Anlage bestünde die Chance, eine neue Technologie in der Stadt zu etablieren. Auch wenn Einzelheiten noch nicht festgelegt seien, appelliere er, mit diesem Aufstellungsbeschluss das Projekt zunächst in Gang zu bringen und der Firma das Ansiedlungsvorhaben zu ermöglichen.

Herr Rech stimmte dem zu und ergänzte, hier handele es sich um einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Belebung dieses Bereiches. Abschließend betonte er die wachsende Bedeutung alternativer Kraftstoffe.

Herr Biehl hielt dem entgegen, dass seine Fraktion dem Vorhaben skeptisch gegenüber stünde, solange nicht die Umweltverträglichkeit dieser Anlage nachgewiesen werde. Es müsse zuletzt auch die andere Seite der Biokraftstoffe betrachtet werden: So entstünden immer mehr Monokulturen im Ausland, um die Biodieselanlagen zu bestücken. Dies wiederum laufe dem Umweltschutzgedanken zu wieder. Dennoch werde seine Fraktion dem Aufstellungsbeschluss zunächst zustimmen.

Herr Dr. Schadewaldt erklärte, auch die FDP-Fraktion werde dem Aufstellungsbeschluss zustimmen. Gleichzeitig stimmte er den Bedenken von Herrn Biehl zu. Es dürfe nicht unterstützt werden, dass die Rohstoffe für den Betrieb dieser Anlagen billig aus dem Ausland importiert würden und damit der biologische Aspekt außer Kraft gesetzt werde. Hier wolle er eine Sensibilisierung dahingehend erreichen, dass diese Biodieselanlage aufgrund der aktuellen Entwicklungen nicht sinnlos errichtet werde.

In Beantwortung einer Nachfrage seitens Herrn Harms ging Herr Kottek auf die Eigentumsverhältnisse und die Frage der Verteilung der für das Vorhaben veranschlagten Flächen ein. Mit den Wilhelmshavener Entsorgungsbetrieben (WEB) als Eigentümerin sei zunächst eine Absprache dahingehend getroffen worden, welches Gebiet nicht zur Verfügung stünde. Die genaue Abgrenzung der Flächen zwischen WEB und Stadt könne jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die Bedenken der WEB seien aber bekannt.

Herr Hellwig führte dazu aus, dass zwar einer neuen Industrieansiedlung grundsätzlich immer zuzustimmen sei; gleichzeitig gebe er aber zu bedenken, dass seitens des künftigen Betreibers bislang keine detaillierten Planungen vorgelegt worden seien. Hier vermisse er konkrete Aussagen und eine rechtliche Verpflichtung für die Firma, das Geplante letztendlich umzusetzen.

Oberbürgermeister Menzel bestätigte die Bedeutung einer umfassenden Betrachtung aller Aspekte. In dieser Angelegenheit dürfe dennoch nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich mit dem Aufstellungsbeschluss zunächst um einen ersten Schritt in Richtung einer weiterführenden Planung handele. Hier müssten selbstverständlich auch mögliche Risiken genau eingeschätzt werden. Er halte das Thema „Biodiesel“ generell aber für eine zukunftssträchtige Technologie, die der Stadt neue wirtschaftliche Chancen biete.

5.1.1 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 66. Änderung – Biodiesel-anlage Heppenser Groden - Aufstellungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.03.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung der 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven – BIODIESEL-ANLAGE HEPPENSER GROPDEN - gemäß Vorlage.
Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.1.2 Bebauungsplan Nr. 203 - Biodieselanlage Heppenser Groden - Aufstellungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.03.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 203 - BIODIESELANLAGE HEPPENSER GROPDEN - gemäß Vorlage.
Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.1.3 Stadtumbau West - Programmanmeldung des Bereichs Jadestraße / Wiesbaden-brücke /Innenhafen (Jadeallee)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.03.2007 vor.

Herr Schmidt nahm kurz Stellung zur Bedeutung der Programmanmeldung. Die Anmeldung zu diesem Zeitpunkt sei Voraussetzung für den Erhalt der Fördergelder. Die städtebauliche Prüfung habe ergeben, dass eine Förderung in diesem Gebiet dringend angeraten sei, nicht zuletzt auch um die Innenstadt aufzuwerten. Die Entwicklung müsse konsequent von Norden nach Süden durchgeführt und brachliegende Flächen, die ein großes Entwicklungspotential bieten, aktiviert werden. Damit die Gelder tatsächlich gewährt werden können, sei eine zeitnahe Anmeldung dringend erforderlich. Er zeige sich zuversichtlich, dass sich das Umfeld im Bereich Jadestraße/Wiesbadenbrücke/Innenhafen dank dieses Programms positiv verändern werde.

Herr Dr. von Teichman erklärte, seine Fraktion werde zustimmen; gleichzeitig wolle er jedoch auch auf den zwischenzeitlich gestiegenen Eigenanteil, der von den Kommunen zu tragen sei, hinweisen. Ferner müsse eine Örtlichkeit mit derartigem Entwicklungspotential wie die Wiesbadenbrücke besonders auch wegen der Nachbarschaft zum künftigen Hotelneubau weiter gefördert werden. Dennoch erfolge die Zustimmung seiner Fraktion zum Konzept unter dem Vorbehalt, dass besonders bei Maßnahmen wie der Besiedlung des Arians am Ende der Jadestraße auf der Westseite, Schaffung einer ganzflächigen Umrundungsmöglichkeit am Banter See und Öffnung des Grodendamms ein Austausch mit den Betroffenen statfinde und die erforderlichen Schritte sorgfältig überdacht werden.

Herr Rech erläuterte, es handele sich bei diesem Konzept um eine Zielsetzung für das Vorhaben der Verbindung von Innenstadt und Wasser. Um dieses zu erreichen, müsse auch das Umfeld entlang dieser Achse entsprechend gestaltet werden. Nur so könne der Stadtsüden touristisch an Bedeutung zunehmen und einen Kontrapunkt zum mittlerweile eher industrieorientierten Stadtnorden bilden. Nicht zuletzt deshalb sei die Umsetzung der Maßnahmen langfristig angelegt.

Herr Neumann machte darauf aufmerksam, dass es mit dem heutigen Beschluss zunächst um die Zustimmung zur Programmanmeldung und damit um den Erhalt von Fördermitteln für die Verlängerung des Valoisplatzes in Richtung Süden gehe. Die Durchführung der Maßnahmen stehe vorerst noch nicht zur Debatte, dennoch sei es selbstverständlich, dass die Öffentlichkeit bei den von Herrn Dr. von Teichman vorgebrachten Punkten einbezogen werde.

Oberbürgermeister Menzel fügte hinzu, gerade im Hinblick auf den JadeWeserPort steige die Bedeutung der Stadt auch in Europa und somit sollte auch die Stadtentwicklung vorangetrieben werden. Mit der Verabschiedung des Konzeptes sei man daher auf einem guten Weg. So werde es unter anderem möglich, durch die Schaffung einer Verbindung von Innenstadt und Hafenbereich den Valoisplatz vermehrt in den Mittelpunkt des Stadtlebens zu rücken. Mit dem Hotelneubau und dem Biotechnologiepark seien bereits erste Schritte zur Belebung dieses Areals getan und dieser Prozess müsse nun fortgeführt werden. Dazu gehöre dann auch die Diskussion mit allen Beteiligten, so dass für diese die Gelegenheit bestehe, sich auf die neuen Entwicklungen einzustellen. Eine sinnvolle Ausnutzung dieses Bereiches mit seinem hohen Potential stehe jedoch außer Frage.

Herr Biehl stimmte Herrn Neumann dahingehend zu, dass dieses Konzept eine wesentliche Grundlage für die Beantragung der Fördermittel darstelle. Hier gebe er jedoch zu bedenken, dass für den Fall der Gewährung dieser Förderung die beantragten Projekte entsprechend umzusetzen und von daher keine großen Spielräume in deren Ausgestaltung mehr vorhanden seien. Auch er sehe eine große Bedeutung in der Erschließung der Naherholungsmöglichkeiten der Südstadt, besonders der Wasserseite, zumal der Norden der Stadt zunehmend industrialisiert werde.

Herr Tjaden signalisierte ebenfalls Zustimmung. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, dennoch dürfe die Planung nicht zu Lasten der am Banter See ansässigen Kleingartenpächter gehen.

Nachdem Herr Harms um Erklärung zur Frage der Mittelverwendung nach Bewilligung der Fördergelder gebeten hatte, erläuterte Herr Kottek das weitere Verfahren. Dennoch wolle er erneut darauf hinweisen, dass es heute zunächst um eine vorbereitende Untersuchung handele, der sich dann die Entwicklung eines Quartiersentwicklungskonzept anschließe. Dieser wiederum stelle die Vorstufe zum Bauleitplanverfahren dar. Und auch dieses Verfahren werde ergebnisoffen durchgeführt, so dass eine ausreichende Entscheidungsfreiheit immer vorhanden ist. Das Finanzierungskonzept der heutigen Beschlussvorlage sei vorgeschriebener Bestandteil des Antrages, jedoch nur als erster Schritt zu sehen. Die Ausgestaltung der tatsächlichen Finanzierung könne zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht beziffert werden.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat nimmt die Ergebnisse des städtebaulichen Entwicklungskonzepts und der Vorbereitenden Untersuchungen § 141 BauGB sowie die vorgeschlagene Abgrenzung des Stadtumbaugebietes zustimmend zur Kenntnis (Anlage 1).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm 2007 – Programmkomponente Stadtumbau West - offiziell zu beantragen. Die Stadt Wilhelmshaven wird den nicht durch Einnahmen und Fördermittel gedeckten Kostenanteil der Gesamtmaßnahme übernehmen. Für die Dauer des Sanierungsverfahren wird sie ergänzend zum städtischen Eigenanteil an der Städtebauförderung von 1/3 zusätzlich den erforderlichen Landesanteil i.H.v. 1/3 übernehmen und im Haushalt bereitstellen, so dass der städtische Eigenanteil insgesamt 2/3 beträgt (Anlage 2).
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, zusätzlich EFRE Ziel2 Fördermittel aus der Programmperiode 2007 bis 2013 im Rahmen eines integrierten Wachstums- und Entwicklungskonzeptes zur Mitfinanzierung der Stadtumbaumaßnahme zu beantragen.

5.2 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus5.2.1 Wirtschaftsplan 2007 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.03.2007 vor.

Der Wirtschaftsplan ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Herr Tjaden erklärte, er werde sich der Stimme enthalten und begründete dies kurz.

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die vom Rat in der Haushaltssitzung am 28.02. beschlossene **Kürzung des Haushaltes der WFG um 200 T€**, die hier aufrechterhalten werde. Dies bitte er, auch in der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Nach Meinung der Politik sei es durchaus möglich, den Wirtschaftsplan um diesen Betrag zu kürzen. Seine Fraktion werde dem Wirtschaftsplan unter dem Hinweis auf besagten Ratsbeschluss zustimmen.

Zwischen Herrn Radmer und Herrn Neumann wurde anschließend die Frage des Auskunftsrechts des Geschäftsführers gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern diskutiert.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2007 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

5.3 Jugendhilfeausschuss

5.3.1 Berufung eines Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

Frau Gastmann trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 14.03.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Frau Sonja Chamkhi wird zum beratenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses (JHA) berufen.

5.4 Schulausschuss

5.4.1 Einrichtung von weiteren Integrationsklassen gem. § 23 NSchG ab Schuljahr 2007/08 an der GS Hafenschule und der HS Nogatstraße

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 01.03.2007 vor.

Frau Will, sowie Herr Biehl und Herr Möhle lobten übereinstimmend dieses mittlerweile bewährte Modell der Integrationsklassen.

Herr Adam zeigte sich ebenfalls erfreut über diese Möglichkeit. Lediglich den gesetzlich vorgesehenen jährlichen Ratsbeschluss zur Verlängerung des Modells halte er für nicht praktikabel. Aus diesem Grunde rege er an, sich mit einen Appell an die Landesregierung zu wenden, um eine entsprechende Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes zu erwirken.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Einrichtung von weiteren Integrationsklassen gem. § 23 NSchG ab Schuljahr 2007/08 an der GS Hafenschule und der HS Nogatstraße wird zugestimmt.

5.4.2 Einführung eines Regionalen Integrationskonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven ab dem Schuljahr 2007/08

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 01.03.2007 vor.

Anschließend nahm Herr Möhle Stellung zur aktuellen Situation im Bereich der schulischen Integration und dankte allen an der Erarbeitung dieses Konzeptes Beteiligten für deren Arbeit.

Frau Will stimmte dem zu und zeigte weitere positive Aspekte des Konzeptes auf. Hier werde nunmehr durch die Vernetzung von Eltern, Schule und Jugendamt die Möglichkeit geschaffen, den betroffenen Kindern und Jugendlichen frühzeitig und effektiv zu helfen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Einführung einer regionalen Integrationskonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven ab dem Schuljahr 2007/08 zu.

5.5 Werksausschuss Krankenhaus

5.5.1 Wirtschaftsplan 2007 des RNK - Eigenbetriebes

Frau Aljets trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Krankenhaus vom 07.03.2007 vor.

In ihrer anschließenden Stellungnahme hob sie die gute Position des Krankenhauses hervor und lobte die Arbeit der Mitarbeiter.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Reinhard-Nieter-Krankenhaus – städt. Kliniken und soziale Einrichtungen – für 2007 wird beschlossen.

Ein Kassenkreditvolumen von 7,815 Mio Euro wird beschlossen.

6 Große Anfrage der BASU-Fraktion zum Thema "Walausstellung"

Herr Tjaden trug folgende Große Anfrage der BASU-Fraktion vor:

„Der Wal soll aus dem Küstenmuseum in das Wattenmeerhaus umziehen.

Hierzu stellen sich einige Fragen:

- (1) Zieht die vollständige Ausstellung mit allen jetzt ausgestellten Exponaten in das Wattenmeerhaus um?*
- (2) Stehen im Wattenmeerhaus ausreichend Flächen zur Verfügung?*
- (3) Welche Um-, Ab- oder Ausbauten sind dafür im Wattenmeerhaus nötig?*
- (4) Welche Um-, Ab- oder Ausbauten sind dafür im Küstenmuseum nötig?*
- (5) Auf welchem Wege verlässt der Wal das Küstenmuseum, und auf welchem Wege wird er in das Wattenmeerhaus transportiert?*
- (6) Sind die Transportwege untersucht und gesichert, oder gibt es noch Klärungsbedarf?*
- (7) Mit welchen negativen Auswirkungen rechnet man nach dem Auszug der Walausstellung auf das Küstenmuseum?*
- (8) Muss das Konzept des Küstenmuseums nach dem Auszug des Wals verändert werden?*
- (9) Welche Kosten entstehen durch den Transport?*
- (10) Welche Kosten verursachen Um-, Ab- und Aufbau in beiden Häusern?*
- (11) Hat der Umzug Einfluss auf schon gezahlte, oder beantragte Fördermittel?“*

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte durch Herrn Dr. Graul. Sie ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Herr Dr. von Teichman dankte zunächst für die Beantwortung. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass seines Wissens das Walskelett nicht so problemlos, wie in der Antwort dargestellt, aus seiner jetzigen Position entfernt werden könne. Desweiteren stelle der Wal einen Teil der Konzeption des Küstenmuseum dar, so dass dessen Umzug in das Wattenmeerhaus eine Anpassung dieses Konzeptes und damit eine Überarbeitung des Förderantrages an das Land zur Folge habe.

Frau Aljets hielt dem entgegen, beim Küstenmuseum sei bei der Aufstellung des Konzeptes sehr wohl bekannt gewesen, dass sich der Wal nicht in deren Besitz befinde und damit auch nicht in die Planungen einbezogen werden könne. Betrachte man die Ausrichtung beider Häuser, so passe das Skelett allein aus diesem Grunde besser in die eher wissenschaftlich gewichteten Ausstellungen des Wattenmeerhauses, als in das Küstenmuseum, das auf die Geschichte der Nordseeküste und die der Stadt spezialisiert sei. Darüber hinaus gehöre der Wal auch laut Urkunde dem Wattenmeerhaus.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass eines der im Kulturausschuss vorgestellten Module des Küstenmuseums das Walskelett beinhaltet habe und diesem seinerzeit auch zugestimmt worden war. Im übrigen sehe er einen Wal weder im Küstenmuseum noch im Wattenmeerhaus von der Thematik her richtig platziert.

Frau Bauermeister zeigte sich überrascht von den durch Herrn Dr. Graul vorgetragenen Ausführungen. Auch sie kenne den Wal als einer der acht Module des Küstenmuseums. In diesem Zusammenhang interessiere sie die Stellung der WTF zu dieser Frage.

Herr Radmer erinnerte an die lange Historie der Standortfrage und bat um Aufklärung, wie es überhaupt zu dieser Debatte kommen konnte.

Frau Aljets erklärte dazu, dass der Wal ursprünglich lediglich vorübergehend dem Küstenmuseum zur Überbrückung der Zeit nach der Expo am Meer bis zum Aufbau eines neuen Ausstellungskonzeptes überlassen worden sei. Er befinde sich jedoch nach wie vor im Besitz des Wattenmeerhauses.

Herr Dr. Graul erläuterte, dass es nach der Expo zunächst kein alternatives Konzept für das neue Küstenmuseum gegeben habe und daher der befristete Aufenthalt bei der damaligen WPG (heute WTF) vorerst verlängert wurde. Ferner habe die im Kulturausschuss verabschiedete Museumsplanung lediglich das Erdgeschoss des Küstenmuseums umfasst, nicht aber den oberen Bereich mit dem Walskelett. Grund dafür sei gewesen, dass das Konzept mit allen sieben Modulen, also inklusive Wal, nach wissenschaftlicher Bewertung unter den übrigen Museen der Region die erforderliche Mehrheit für die Vergabe der Fördermittel des Landes nicht erlangt hat. Somit habe nur eine Konzeption für das Erdgeschoss vorgelegen und eine Zustimmung des Kulturausschusses zu einem Konzept mit sieben Modulen habe es zu keiner Zeit gegeben.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:40 Uhr